Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 47 (1972)

Heft: 4

Artikel: Basel : Stadt ohne Land

Autor: Kugler, Ferdinand

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-104087

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ferdinand Kugler

Basel – Stadt ohne Land

Wie aktuell angesichts der grossen Wohnungsknappheit in Basel das Wohnproblem ist, zeigte der starke Aufmarsch zu einer öffentlichen Versammlung im grossen Safransaal. Dr. W. Ruf, der Präsident des Bundes der Basler Wohngenossenschaften, welche zu dieser Veranstaltung eingeladen hatte, schilderte in knappen einführenden Worten die Symptome, welche das gegenwärtige Malaise auf dem Wohnungsmarkt kennzeichnen: Kampf um Grünflächen, Mangel an Bauterrain, horrende Mietpreise, Abbruchverbot, Zweckentfremdung von Wohnungen usw.

Sodann erteilte er dem Referenten des Abends, Regierungsrat Dr. E. Wyss das Wort zu seinem Vortrag:

«Wege zur Lösung der Wohnungsfrage in Basel und Umgebung».

Seine sehr instruktiven Darlegungen umfassten in weitem Bogen die Beschreibung der Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues durch Bund und Kanton, verbunden mit einem interessanten Rückblick auf das, was speziell der Kanton Baselstadt auf diesem Gebiet bereits geleistet hat. So konnten bis 1950 mit Hilfe von Subventionen in Basel rund 8000 Wohnungen erstellt werden, wovon ein Grossteil durch Wohngenossenschaften. Als dann eine weitere Subventionierung durch den Bund infolge eines negativen Volksentscheides eingestellt wurde, ging der Kanton dazu über, vermittels Kapitalzinszuschüssen den Wohnungsbau weiter zu fördern. Später kehrte man auf Bundesebene erneut zur Subventionierung zurück, doch waren die Limiten so restriktiv, dass Subventionen für Basel nicht in Frage kamen.

Die Bodenknappheit zwang die Behörden, ihre Blicke über die Kantonsgrenzen hinaus zu richten und Basel hat als erster Kanton auch Wohnungen ausserhalb der eigenen Grenzen subventioniert.

Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen mit dem Kanton Baselland scheiterten, dazu kam, dass verschiedene Gemeinden die Gründung resp. Unterstützung von Wohngenossenschaften ablehnten, aus Angst vor den Infrastrukturkosten. Die ursprünglichen Landreserven der Stadt schwinden immer mehr. Basel ist eine der dichtest besiedelten Städte auf dem Kontinent mit 2426 Einwohnern pro km². Heute könnten noch max. 5500 bis 6000 Wohnungen gebaut werden. Der Referent zählte einige Möglichkeiten, welche in den nächsten Jahren erschlossen werden können, auf: Das Schlachthof-Areal, für ca. 450 Wohnungen, das Kasernen-Areal, für dessen Überbauung ein Wettbewerb ausgeschrieben werden soll. Aber schon haben Leute, welche keine Wohnungssorgen haben, eine Initiative lanciert, man solle einen Park für die Kleinbasler aus diesem Gelände machen! Weitere Möglichkeiten: Kloster-Fiechten, Rankhof, sowie einige grössere Parzellen ausserhalb des Kantons, welche aber dem Kanton gehören.

Regierungsrat Dr. E. Wyss trat im weiteren auf das Eidg. Wohnbaugesetz ein, das günstige Voraussetzungen für den Bau von Alters- und Invalidenwohnungen, aber auch für die Förderung des sozialen Wohnungsbaues schafft.

Basel muss das Wohnproblem mit den Nachbarn zusammen lösen – in der Region: Voraussetzung dafür ist eine regionale Verkehrsplanung. Ein Verkehrsverbund drängt sich auf, um dem privaten Verkehr eine attraktive Alternative zur Verfügung stellen zu können.

In Basel wurde das kantonale Verbot des Abbruches von Wohnungen durch Regierung und Grossen Rat auf unbestimmte Zeit verlängert. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Eine Volksabstimmung wird entscheiden. Schlimm ist auch die Zweckentfremdung von Wohnungen durch die Industrie, welche Neubauwohnungen in Büros umwandelt. Die Frage wird gegenwärtig erneut geprüft, welche gesetzliche Massnahmen dagegen ergriffen werden können.

Im Vordergrund aller Probleme bleibt nach wie vor die Förderung des Wohnungsbaues; die anhaltende Prosperität steigert die Nachfrage nach Wohnungen. Wohl hat auch die Industrie einen bemerkenswerten Beitrag zum Wohnungsbau geliefert. Die Wohngenossenschaften sind, so schloss Dr. Wyss sein mit starkem Beifall aufgenommenes Referat, die grosse Hoffnung der Behörden. Von ihnen erwarten sie, dass sie bei der Lösung dieses grossen sozialen Problemes tatkräftig mitarbeiten.

Eine überaus lebendige, z. T. auch kritische Diskussion folgte. Ein Redner wollte wissen, wie viele Jahre es noch dauern werde, bis der Rosshof überbaut werde, was mit dem Bauterrain am Weiherweg geschehe usw. Regierungsrat Dr. Wyss: Das Rosshofareal bleibt für Universitätszwecke reserviert, am Weiherweg werden Wohnungen gebaut. Im übrigen war eines der zentralen Themen der Diskussion die Zweckentfremdung der Wohnungen. Ein Diskussionteilnehmer bedauerte, dass das Eidg. Wohnbaugesetz keine Möglichkeit der Enteignung von Bauland oder der Verhinderung von Bauland-Hortung biete.

Im Jahre 1971 herrschte im Kanton Basel-Stadt ein reger Wohnungsbau. 1848 Neuwohnungen kamen auf den Markt. Der Reinzuwachs verminderte sich durch den Abbruch von 548 Wohnungen auf 1311 Wohnungen, ein Ergebnis, das als das beste seit 1966 bezeichnet werden darf.

Da Bauterrain immer knapper wird, wurde viel auf «Abbruchland» gebaut. An der Gesamtproduktion haben Bau- und Immobiliengesellschaften (Baugenossenschaften inbegriffen) zu 36% mitgewirkt. Für das laufende Jahr kann mit der Vollendung von 2000 Wohnungen gerechnet werden, was endlich eine gewisse Besserung auf dem Wohnungsmarkt bringen sollte.

Hoffnungsvoll sieht es in bezug auf den Bau von Alterswohnungen aus. 1967 hat die sozialdemokratische Partei eine Initiative gestartet, wonach von 1967 bis 1970 1000 Alterswohnungen erstellt werden sollten. Wenn die Wohnungen, welche bereits 1971 projektiert worden sind, 1972 realisiert werden, so dürften wir rund 1700 Alterswohnungen mehr haben, so dass also das seinerzeit von den Initianten gesteckte Ziel bereits überholt ist. Angesichts der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung muss indessen auch in Zukunft auf weite Sicht geplant werden.